



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Nach NATO-konformem Beschluß zur Anschaffung von US-Langstreckenraketen:

Die NEUTRALITÄT als Fundament der Republik Österreich kann nur eine andere Regierung wiederbeleben!

Seit kurzem ist es unverkennbar, daß die derzeitige schwarz-grüne Regierung mit einem vom Volk nicht einmal indirekt gewählten Bundeskanzler die wichtigsten Projekte der Globalisierer unbedingt noch durchdrücken will, bevor sie abgewählt wird. Zum Beispiel die Zustimmung Österreichs zum WHO-Pandemievertrag oder der kürzliche **Ministerratsbeschluß** für die Anschaffung von US-Langstreckenraketen für das österreichische Bundesheer, das kaum mehr funktionsfähige Panzer zur Landesverteidigung hat, wie kürzlich ganz offiziell bekannt wurde. Das Bundesheer wurde jahrzehntelang zu Tode gespart, Kasernen geschlossen etc. Nun soll es aber für die NATO vor allem gegen Russland im wahrsten Sinne des Wortes aufmunitioniert werden. Dieser Regierungsbeschluß ist nicht nur Neutralitätswidrig, die Regierung verstößt damit auch **gegen den Staatsvertrag** und dient damit gerade **nicht** der Sicherheit und dem Schutz Österreichs wie behauptet, ganz im Gegenteil! Aber: Die nächste Regierung kann diesen Beschluß jederzeit wieder zurücknehmen; dafür braucht es natürlich ein entsprechendes Wahlergebnis!

Prof. Wohlmeyer, Neffe des Staatsvertragskanzlers Julius Raab, dazu in einem Brief an die ÖVP-Führung vom 16.11.d.J. „Österreich wird damit zum **Feindstaat** und setzt sich der möglichen Zerstörung aus. Der Sky-Shield-Beschluß verstößt eindeutig gegen den Staatsvertrag, in dem Rüstungsbeschränkungen enthalten sind, die heute noch einklagbar wären. Figl und Raab bei der Erwirkung des für Österreich lebensrettenden Staatsvertrages: „Damit ersparen wir uns etwas und können in die Volkswohlfahrt investieren. Ein zufriedenes Volk ist die beste Verteidigung.“

Bundesheer-Oberst i.R. Gottfried PAUSCH zu „Sky-Shield“:

Am 24. Oktober d.J. hielt der pensionierte Bundesheer-Oberst Gottfried PAUSCH im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von NFÖ und IHU einen öffentlichen Vortrag zur Bedeutung der Neutralität für Österreich auch **aus militärischer Sicht**. Dabei sprach er auch ausführlich über das „Skyshield“-Projekt, dem geplanten Ankauf und die Stationie-

rung von **NATO-konformen US-Langstreckenraketen** auch in Österreich. Den gesamten Vortrag in einer Live-Wiedergabe wird man demnächst unserer Webseite www.1984.at entnehmen können. Sein Fazit zu Sky-Shield lautete wörtlich:

Sky-Shield trägt nicht zur Entspannung und Sicherheit Österreichs bei, sondern ist ein Signal, daß aus russischer Sicht die NATO in die Lage versetzt würde, einen Präventivschlag zu führen, auch einen mit Atomwaffen, wie es bereits frühere Konzepte vorsahen. Sie werden einiges unternehmen, diesen Sky-Shield auch im Kern möglicherweise mit ganz modernen Waffen zu bekämpfen - auch jetzt, was die Stationierungen in Österreich betrifft. Das ist nicht auszuschließen! Europa und Österreich müssen zu einer Politik zurückkehren, die die eigenen Interessen voranstellt und die realpolitischen Gegebenheiten zur Kenntnis nimmt. Der Ukraine-Krieg hat meiner Ansicht nach nichts daran geändert, daß eine dauerhaft euroatlantische Sicherheitsordnung **nur mit und nicht gegen Russland** errichtet werden kann.

Inhaltsverzeichnis:

Stimmen zum Krieg in Gaza	Seite 2
UNO-Menschenrechtsanwalt bestätigt israelischen Völkermord an Palästinensern	Seite 3-5
77% (!) der Wiener Schüler sprechen nicht deutsch als Umgangssprache	Seite 6
Proteste gegen gigantisches Windparkprojekt im Waldviertel	Seite 7
Vortrag von Mag.a Monika Donner am 14. Dezember in Altlengbach	Rückseite

Die Neutralität Österreichs ist ein wichtiger Baustein einer **europäischen Friedensordnung** und kann in der EU eine wesentliche Stimme des Friedens sein. Statt Sky-Shield bräuchte Österreich eine eigenständige, aber wirklich effektive Luftverteidigung für unseren Luftraum, den wir derzeit noch nicht so optimal geschützt haben, der Überflüge von Kriegsparteien verhindern kann, eine ausreichende Anzahl auch von Abfangjägern - unsere insgesamt 15 sind ja auch schon in die Jahre gekommen und außerdem nicht in der entsprechend notwendigen Anzahl vorhanden. Auch Boden-Luft-Raketen wie die Mistral könn-

ten den Schutz unseres Luftraumes bewerkstelligen. Und die **zwei Milliarden Euro**, die nach Berichten für Sky-Shield für Österreich aufgewendet werden sollen, wären besser für die Aufrüstung der eigenen, umfassenden Landesverteidigung und Luftraumverteidigung investiert. Anstatt sich am neuen Wettrüsten zu beteiligen, könnte Österreich mit einer **aktiven Friedenspolitik** und einer glaubwürdigen Landesverteidigung zur Erde und in der Luft die Friedensordnung in Europa mehr unterstützen und bewirken. Statt dieser Wiederaufnahme des Wettrüstens wäre eine Neugestaltung des Entspannungsprozesses gefragt. Wien war schon einmal

Ort eines europäischen Friedenskongresses. Warum nicht wieder?

Die Perspektive? Wäre es nicht vernünftig, die Erarbeitung der neuen Sicherheitsstrategie abzuwarten, bevor die Regierung solche Schritte setzen möchte, noch dazu im Alleingang ohne Einbindung des Parlaments und ohne umfassende Information der Öffentlichkeit über die Risiken, Kosten und Befehlsgewalt. Es ist eine Tatsache, daß im Ernstfall die Raketen auf österreichischem Boden von der NATO gesteuert würden und nicht vom Bundesheer alleine. **Die Verschmelzung zwischen EU und NATO** stellt Österreich vor eine

schwierige Aufgabe, da die EU ihre sicherheitspolitischen Entscheidungen in völliger Übereinstimmung mit der NATO trifft. Das ist die Verankerung und realpolitisch leider der Fall. Und es wird dem Geschick unserer Neutralitätspolitik - wer auch immer das demnächst neu aufsetzen wird - vorbehalten bleiben, in diesem Dilemma einen gangbaren Weg zu finden. Die derzeitige Politik, die Neutralität zu beschwören, ohne neutral zu handeln, ist weder für Österreich noch für Europa ein gangbarer Weg.

Fazit: Keine Beteiligung an diesem Sky-Shield!

Stimmen zum Krieg in Gaza

Der unmenschliche Völkermord, der sich derzeit im Gaza-Streifen abspielt, wird Folgen weit über den Nahen Osten hinaus haben. Wenn der sogenannte „Westen“ inkl. der österreichischen Regierung weiterhin volle Solidarität mit eindeutigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bekundet, u.a. durch das Aufziehen der israelischen Flagge auf dem Bundeskanzleramt und vielen anderen Landesregierungs- und Gemeindegebäuden, dann stehen wir alle vor einem Abgrund. Man züchtet damit geradezu den Terrorismus auch in Europa und es gibt bereits Anzeichen dafür, daß sich Regierungsstellen in Deutschland und Österreich für eine massive Flüchtlingswelle von Vertriebenen aus Palästina vorbereiten.

Wir können hier aus Platzgründen nur wenige wichtige Stimmen dazu anführen. Die gewichtigste ist jene des bis vor kurzem Direktors des New Yorker Büros des Hochkommissariats für Menschenrechte der UNO, **Craig Mokhiber**, der

am 28. Oktober d.J. wegen der Lage in Gaza offiziell von dieser Funktion zurückgetreten ist. Mokhiber ist US-amerikanischer Staatsbürger. Die erschütternde Rücktrittserklärung wurde in „Global Bridge - dem Blog für gegenseitiges Verstehen“ erstveröffentlicht. Eine deutsche Übersetzung wurde von der „Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“ in Deutschland veröffentlicht, die wir auf den nächsten Seiten vollinhaltlich abdrucken.

Quelle: <https://rb.gy/4677xy>

Craig Mokhiber antwortet auf kritische Fragen zu seiner Rücktrittserklärung, siehe: <https://rb.gy/m4g1nn>

Mirjana Spoljaric, Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, das in Gaza humanitäre Hilfe leistet und selbst bereits an die hundert Getöteten durch Israels Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung zu beklagen hat:

„Wir sind mit einem **katastrophalen moralischen Versagen** konfrontiert, das die Welt nicht tolerieren darf.“

Quelle und nähere Ausführungen dazu: <https://rb.gy/lx719k>

Robert Kennedy jun., Präsidentschaftskandidat für die US-Wahlen im kommenden Jahr:

„Israel ein Werkzeug für das **US-Empire**“. Israel sei für die USA „die Speerspitze im Nahen Osten“, es sei „das Bollwerk für uns“, sagte er vor kurzem in einem Interview.

Über Israel habe die USA „Augen und Ohren“ in der Region. Mehr noch: Es sei fast so, als „hätte man einen Flugzeugträger im Nahen Osten“. Die Existenz Israels sei demnach für die USA eine Frage der „nationalen Sicherheit, denn wenn Israel verschwindet, werden Russland und China 90% des Öls in der Welt kontrollieren.“

Quelle: <https://rb.gy/r5drfn>

Das führte u.a. dazu, daß die USA den größten Flugzeugträger der Welt, eine schwimmende Stadt für 90 (!) Kampfflugzeuge und rund 5.000 Soldaten vor der Küste von Gaza im Mittelmehr in Stellung gebracht haben, eine kolossale Bedrohung für die gesamte Region.

Vor einiger Zeit wurde **eines der größten Gasfelder der Welt** vor der Küste von Gaza sowie auch im Landesinneren entdeckt. Es geht wohl auch darum, wer diese nutzen darf.

Mehr dazu und auch über den **geopolitischen Hintergrund** der für den Weltfrieden aktuell äußerst bedrohlichen Lage in Rest-Palästina können Sie bei dem auf der Rückseite dieser WEGWARTE angekündigten Vortrag der strategischen Analytikerin **Mag. Monika Donner** am 14.12. in Altlengbach bei Wien erfahren.

Inge Rauscher,
Obfrau der IHU

INITIATIVE
HEIMAT & UMWELT

*Es würde sehr wenig
Böses auf Erden getan
werden, wenn das
Böse niemals im
Namen des Guten
getan werden könnte.*

Marie von Ebner-Eschenbach
1830-1916

UN-Menschenrechtsanwalt bestätigt israelischen Völkermord an Palästinensern.

Am 28. Oktober 2023 trat Mokhiber als Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte wegen der Reaktion der Organisation auf den Krieg in Gaza zurück.

In seinem Rücktrittsschreiben bezeichnete er Israels militärische Intervention in Gaza als „Völkermord wie aus dem Lehrbuch“ und warf der UNO vor, nicht gehandelt zu haben.

Sehr geehrter Herr Hochkommissar,

dies ist meine letzte offizielle Mitteilung an Sie als Direktor des New Yorker Büros des Hochkommissars für Menschenrechte.

Ich schreibe Ihnen in einer Zeit, in der die Welt und viele unserer Kolleg*innen in großer Sorge sind. Wieder einmal sehen wir, wie sich vor unseren Augen ein Völkermord entfaltet, und die Organisation, der wir dienen, scheint machtlos zu sein, ihn zu beenden. Als jemand, der sich seit den 1980er Jahren mit den Menschenrechten in Palästina befasst, in den 1990ern als UN-Menschenrechtsberater in Gaza gelebt und davor und danach dort mehrere Menschenrechtsmissionen durchgeführt hat, fühle ich mich davon zutiefst persönlich betroffen. Ich habe in diesen Räumen auch während der Völkermorde an den Tutsi, an den bosnischen Muslim*innen, den Jesid*innen und den Rohingya gearbeitet. In jedem dieser Fälle wurde mir schmerzlich deutlich, nachdem sich der Staub von den Gräueltaten an der wehrlosen Zivilbevölkerung gelegt hatte, dass wir unserer Pflicht zur Verhinderung von Massenmorden, zum Schutz der Schwachen und dazu, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, nicht nachgekommen waren. Und so war es auch bei den aufeinanderfolgenden Wellen der Ermordung und Verfolgung von Palästinenser*innen während der gesamten Amtszeit der Vereinten Nationen.

Herr Hochkommissar, wir haben erneut versagt.

Als Menschenrechtsanwalt mit mehr

als drei Jahrzehnten Erfahrung auf diesem Gebiet weiß ich sehr wohl, dass der Begriff Völkermord oft politisch missbraucht wird. Doch der gegenwärtige Massenmord am palästinensischen Volk auf der Grundlage einer ethno-nationalistischen Siedlerkolonialideologie, welche die jahrzehntelange systematische Verfolgung und ethnische Säuberung eines Volkes fortsetzt, nur weil die Menschen Araber sind, und die mit ausdrücklichen Absichtserklärungen führender Vertreter der israelischen Regierung und des Militärs einhergehen, lässt keinen Raum für Zweifel oder Debatten. Im Gazastreifen werden zivile Gebäude, Schulen, Kirchen, Moscheen und medizinische Einrichtungen mutwillig angegriffen und Tausende von Zivilisten massakriert. Im Westjordanland, einschließlich dem besetzten Jerusalem, werden Häuser beschlagnahmt und neu zugeteilt, und israelische Militäreinheiten begleiten gewalttätige Siedlerpogrome. Überall im Land herrscht Apartheid.

Dies ist Völkermord wie aus dem Lehrbuch. Das europäische, ethno-nationalistische, koloniale Siedlerprojekt in Palästina ist in seine Schlussphase getreten, die auf die beschleunigte Zerstörung der letzten Reste einheimischen palästinensischen Lebens in Palästina abzielt. Mehr noch, die Regierungen der Vereinig-

ten Staaten, des Vereinigten Königreichs und eines Großteils Europas sind an diesem schrecklichen Angriff beteiligt. Diese Regierungen weigern sich nicht nur, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, „die Einhaltung der Genfer Konventionen zu gewährleisten“, sondern sie bewaffnen den Angriff aktiv, unterstützen ihn wirtschaftlich und nachrichtendienstlich und geben Israels Gräueltaten politische und diplomatische Rückendeckung.

Gleichzeitig verstoßen westliche Medien, die zunehmend vom Staat vereinnahmt werden, offen gegen Artikel 20 des ICCPR (International Covenant on Civil and Political Rights, Zivilpakt), indem sie die Palästinenser entmenslichen, um den Völkermord zu erleichtern, und Kriegspropaganda und die Befürwortung nationalen, rassistischen oder religiösen Hasses verbreiten, was eine Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt darstellt. In den USA ansässige Social-Media-Unternehmen unterdrücken die Stimmen von Menschenrechtlern und verbreiten israelfreundliche Propaganda. Online-Trolle der Israel-Lobby und GONGOS belästigen und verleumdern Menschenrechtsaktivisten, und westliche Universitäten und Arbeitgeber arbeiten mit ihnen zusammen, um diejenigen zu bestrafen, die es wagen, sich gegen die Gräueltaten



Hochtechnologische 6 Meter hohe und 65 km lange Sperranlage, die den Gazastreifen seit 1996 zur Gänze umschließt.

auszusprechen. Nach diesem Völkermord müssen auch diese Akteure zur Rechenschaft gezogen werden, so wie es bei Radio Milles Collines in Ruanda geschah.

Unter diesen Umständen sind die Anforderungen an unsere Organisation, prinzipientreu und effektiv zu handeln, größer denn je. Aber wir haben die Herausforderung nicht angenommen. Die Schutzmacht Sicherheitsrat wurde erneut durch die Unnachgiebigkeit der USA blockiert, das Generalsekretariat wird wegen der leisesten Proteste angegriffen, und unsere Menschenrechtsmechanismen werden von einem organisierten Netz im Internet straflos verleumdet. Jahrzehntelange Ablenkung durch die illusorischen und größtenteils unaufrechten Versprechungen von Oslo haben die Organisation von ihrer Kernaufgabe, dem Schutz des Völkerrechts, der internationalen Menschenrechte und der Charta selbst, abgelenkt. Das Mantra der „Zweistaatenlösung“ ist in den Korridoren der UNO zu einem offenen Witz geworden, sowohl wegen seiner faktischen Unmöglichkeit als auch wegen seines völligen Versagens, den unveräußerlichen Menschenrechten des palästinensischen Volkes Rechnung zu tragen. Das so genannte „Quartett“ ist zu nichts als einem Feigenblatt für Untätigkeit und die Akzeptanz eines brutalen Status quo geworden. Die (von den USA verordnete) Berufung auf „Vereinbarungen zwischen den Parteien selbst“ (anstelle des Völkerrechts) war immer eine leicht zu durchschauende Täuschung, die darauf abzielte, die Macht Israels über die Rechte der besetzten und enteigneten Palästinenser*innen zu stärken.

Sehr geehrter Herr Hochkommissar, ich kam in den 1980er Jahren zu dieser Organisation, weil ich in ihr eine prinzipientreue, auf Normen basierende Institution vorfand, die voll und ganz auf der Seite der Menschenrechte stand, auch in Fällen, in denen die mächtigen USA, Großbritannien und Europa nicht auf unserer Seite waren. Während meine Regierung, ihre subsidiären Institutionen und ein Großteil der US-Medien immer noch die südafrikanische Apartheid, die israelische Unterdrückung und die mittelamerikanischen Todesschwadronen unterstützten oder rechtfertigten, setzte sich die UNO für die unterdrückten Völker dieser Länder

ein. Wir hatten das Völkerrecht auf unserer Seite. Wir hatten die Menschenrechte auf unserer Seite. Wir hatten Grundsätze auf unserer Seite. Unsere Autorität wurzelte in unserer Integrität. Doch das ist vorbei.

In den letzten Jahrzehnten haben wichtige Teile der UNO vor der Macht der USA und der Angst vor der Israel-Lobby kapituliert, diese Grundsätze aufgegeben und sich vom Völkerrecht selbst zurückgezogen. Wir haben dadurch viel verloren, nicht zuletzt unsere eigene weltweite Glaubwürdigkeit. Doch unser Versagen hat vor allem dem palästinensischen Volk den größten Schaden zugefügt. Es ist eine verblüffende historische Ironie, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in selben Jahr verabschiedet wurde, in dem die Nakba am palästinensischen Volk verübt wurde. Anlässlich des Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte täten wir gut daran, uns von dem alten Klischee zu verabschieden, dass sie das Ergebnis der Grausamkeiten ist, die ihr vorausgingen, und zuzugeben, dass sie zeitgleich mit einem der grausamsten Völkermorde des 20. Jahrhunderts, der Zerstörung Palästinas, entstanden ist. In gewissem Sinne versprachen die Verfasser Menschenrechte für alle, außer für das palästinensische Volk. Und wir sollten uns auch daran erinnern, dass es die Vereinten Nationen selbst waren, die die Erbsünde begingen, die Enteignung des palästinensischen Volkes zu erleichtern, indem sie das europäische Siedlerkolonialprojekt ratifizierten, das sich palästinensischen Landes bemächtigte und es den Kolonisten überließ. Es gibt viel, wofür wir büßen müssen.

Aber der Weg zur Sühne liegt klar vor uns. Wir können viel von der prinzipientreuen Haltung lernen, die in den letzten Tagen auf der ganzen Welt in Städten an den Tag gelegt wurde, als Menschen gegen den Völkermord aufstanden, auch unter dem Risiko von Schlägen und Verhaftungen. Palästinenser*innen und ihre Verbündeten, Menschenrechtsaktivist*innen jeder Couleur, christliche und muslimische Organisationen und fortschrittliche jüdische Stimmen, die sagen „nicht in unserem Namen“, gehen voran. Alles, was wir tun müssen, ist ihnen zu folgen.

Gestern, nur wenige Straßen von

hier entfernt, wurde die New Yorker Grand Central Station von Tausenden jüdischen Menschenrechtsaktivist*innen besetzt, die sich mit dem palästinensischen Volk solidarisierten und ein Ende der israelischen Tyrannei forderten (viele riskierten dabei ihre Verhaftung). Damit haben sie die israelische Hasbara-Propaganda (und die alte antisemitische Floskel), dass Israel das jüdische Volk repräsentiert, mit einem Schlag entkräftet. Das tut es nicht. Israel ist allein für seine Verbrechen verantwortlich. An dieser Stelle muss trotz gegenteiliger Verleumdungen der Israel-Lobby wiederholt werden, dass Kritik an Israels Menschenrechtsverletzungen nicht antisemitisch ist, ebenso wenig wie Kritik an saudischen Menschenrechtsverletzungen islamfeindlich, Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Myanmar antibuddhistisch oder Kritik an indischen Menschenrechtsverletzungen antihinduistisch ist. Wenn sie versuchen, uns mit Verleumdungen zum Schweigen zu bringen, müssen wir unsere Stimme erheben, statt sie zu senken. Ich vertraue auf Ihre Zustimmung, Herr Hochkommissar, dass es genau darum geht, die Wahrheit zu sagen.

Ich schöpfe jedoch auch Hoffnung aus den Teilen der UNO, die sich trotz des enormen Drucks geweigert haben, die Menschenrechtsprinzipien der Organisation aufzugeben. Unsere unabhängigen Sonderberichterstatter, Untersuchungskommissionen und Vertragsexperten sowie die meisten unserer Mitarbeiter*innen haben sich weiterhin für die Menschenrechte des palästinensischen Volkes eingesetzt, auch wenn sich andere Teile der UNO (selbst auf höchster Ebene) schändlich vor der Macht verneigt haben. Als Hüterin der Menschenrechtsnormen und -standards hat das Hochkommissariat für Menschenrechte die Pflicht, diese Standards zu verteidigen. Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, uns Gehör zu verschaffen, vom Generalsekretär bis zum jüngsten UN-Rekruten und quer durch das gesamte UN-System, und darauf zu bestehen, dass die Menschenrechte des palästinensischen Volkes nirgendwo unter der blauen Flagge zur Debatte stehen, verhandelbar sind oder ein Kompromiss eingegangen werden kann.

Wie sähe also eine auf UN-Normen basierende Position aus? Worauf würden wir hinarbeiten, wenn wir

unseren rhetorischen Ermahnungen in Bezug auf Menschenrechte und Gleichheit für alle, die Rechenschaftspflicht für Täter, Wiedergutmachung für die Opfer, Schutz der Schwachen und Stärkung der Rechtenhaber treu bleiben würden, alles im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit? Die Antwort ist meiner Meinung nach einfach - wenn wir die Klarsicht haben, hinter die propagandistischen Nebelwände zu blicken, die die Vision von Gerechtigkeit verzerren, auf die wir eingeschworen sind, wenn wir den Mut haben, die Angst und die Ehrfurcht vor mächtigen Staaten aufzugeben, und wenn wir den Willen haben, das Banner der Menschenrechte und des Friedens wirklich hochzuhalten. Sicherlich ist dies ein langfristiges Projekt und ein steiler Aufstieg. Aber wir müssen jetzt damit beginnen oder uns dem unsagbaren Grauen ergeben. Ich sehe zehn wesentliche Punkte:

1. Legitimes Handeln: Erstens müssen wir in der UNO das gescheiterte (und größtenteils unaufrichtige) Oslo-Paradigma, seine illusorische Zweistaatenlösung, sein ohnmächtiges und mitschuldiges Quartett und seine Unterwerfung des Völkerrechts unter das Diktat vermeintlicher politischer Zweckmäßigkeit aufgeben. Unsere Positionen müssen unmissverständlich auf dem internationalen Menschenrecht und dem Völkerrecht beruhen.

2. Klarsicht: Wir dürfen nicht mehr den Anschein erwecken, es handle sich lediglich um einen Land- oder Religionskonflikt zwischen zwei Kriegsparteien, und die Realität anerkennen, in der ein unverhältnismäßig mächtiger Staat eine einheimische Bevölkerung auf der Grundlage ihrer ethnischen Zugehörigkeit kolonisiert, verfolgt und enteignet.

3. Ein Staat auf der Grundlage der Menschenrechte: Wir müssen die Errichtung eines einzigen, demokratischen, säkularen Staates im gesamten historischen Palästina unterstützen, mit gleichen Rechten für Christen, Muslime und Juden, und somit die Abschaffung des zutiefst rassistischen, siedlerkolonialen Projekts und ein Ende der Apartheid im ganzen Land.

4. Kampf gegen Apartheid: Wir müssen alle Bemühungen und Ressourcen der UNO auf den Kampf

gegen die Apartheid ausrichten, so wie wir es in den 1970er, 80er und frühen 90er Jahren für Südafrika getan haben.

5. Rückkehr und Entschädigung: Wir müssen das Recht auf Rückkehr und die volle Entschädigung für alle Palästinenser und ihre Familien, die derzeit in den besetzten Gebieten, im Libanon, in Jordanien, in Syrien und in der Diaspora auf der ganzen Welt leben, bekräftigen und darauf bestehen.

6. Wahrheit und Gerechtigkeit: Wir müssen einen Prozess der Übergangsgerechtigkeit fordern, der die jahrzehntelang gesammelten Untersuchungen, Ermittlungen und Berichte der UNO in vollem Umfang nutzt, um die Wahrheit zu dokumentieren, alle Täter zur Rechenschaft zu ziehen sowie Wiedergutmachung für alle Opfer und Wiedergutmachung für dokumentierte Ungerechtigkeiten sicherzustellen.

7. Schutz: Wir müssen auf die Entsendung einer gut ausgestatteten und mit einem starken Mandat versehenen UNO-Schutztruppe drängen, mit einem dauerhaften Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung vom Fluss bis zum Meer.

8. Entwaffnung: Wir müssen uns für die Beseitigung und Zerstörung von Israels massiven Beständen an nuklearen, chemischen und biologischen Waffen einsetzen, damit der Konflikt nicht zu einer totalen Zerstörung der Region führt und möglicherweise darüber hinaus.

9. Vermittlung: Wir müssen erkennen, dass die USA und andere westliche Mächte in Wirklichkeit keine glaubwürdigen Vermittler sind, sondern tatsächlich Konfliktparteien, die gemeinsam mit Israel an der Verletzung der Rechte der Palästinenser beteiligt sind. Als solche sind sie in die Pflicht zu nehmen.

10. Solidarität: Wir müssen unsere Türen (und die Türen des Generalsekretariats) weit öffnen für die Legionen palästinensischer, israelischer, jüdischer, muslimischer und christlicher Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich mit dem palästinensischen Volk und seinen Menschenrechten solidarisieren, und den ungehinderten Zustrom von Israel-Lobbyisten in die Büros der UN-Bosse stoppen, wo sie für fortgesetz-

ten Krieg, Verfolgung, Apartheid und Straffreiheit eintreten und unsere Menschenrechtsaktivist*innen für ihre prinzipienfeste Verteidigung der palästinensischen Rechte verleumdend.

Das wird Jahre dauern, und die westlichen Mächte werden uns bei jedem Schritt bekämpfen, weshalb wir standhaft bleiben müssen. Kurzfristig müssen wir uns für einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende der langjährigen Belagerung des Gazastreifens einsetzen, uns gegen die ethnische Säuberung des Gazastreifens, Jerusalems und des Westjordanlands (und anderswo) zur Wehr setzen, den völkermörderischen Angriff im Gazastreifen dokumentieren, dabei helfen, den Palästinenser*innen massive humanitäre Hilfe und Unterstützung des Wiederaufbaus zukommen zu lassen, uns um unsere traumatisierten Kolleg*innen und ihre Familien kümmern und mit aller Kraft für eine prinzipienfeste Haltung in den politischen Büros der UNO kämpfen.

Das bisherige Versagen der UNO in Palästina ist für uns kein Grund, uns zurückzuziehen. Vielmehr sollte es uns Mut machen, uns vom gescheiterten Paradigma der Vergangenheit zu verabschieden und einen prinzipientreueren Kurs einzuschlagen. Lassen Sie uns als Hochkommissariat für Menschenrechte mutig und stolz der Anti-Apartheid-Bewegung beitreten, die überall auf der Welt im Anstieg begriffen ist, und unser Logo auf das Banner von Gleichheit und Menschenrechten für das palästinensische Volk setzen. Die Welt schaut zu. Wir alle werden Rechenschaft darüber ablegen müssen, wo wir in diesem entscheidenden Moment der Geschichte stehen. Lassen Sie uns auf der Seite der Gerechtigkeit stehen.

Ich danke Ihnen, Herr Hochkommissar Volker Türk, dass Sie diesen letzten Appell von meinem Schreibtisch aus angehört haben. In wenigen Tagen werde ich das Amt zum letzten Mal verlassen, nach mehr als drei Jahrzehnten im Dienst. Aber bitte zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren, wenn ich Ihnen in Zukunft behilflich sein kann.

*Mit freundlichen Grüßen,
Craig Mokhiber
28. Oktober 2023*

Für 77 % (!) aller Schüler in Wiens Mittelschulen ist Deutsch nicht die Umgangssprache!

„Dann wäre Wien noch Wien“: Die Empörung des Establishments über die lapidare Antwort des niederösterreichischen FPÖ-Politikers Gottfried Waldhäusl auf eine Frage einer Schülerin, deren praktisch gesamte Schulklasse aus Migranten bestand, war riesig. Nun zeigt sich das Ausmaß der Umkehr der demographischen Verhältnisse einmal mehr: Denn **mehr als die Hälfte der Wiener Volksschüler spricht daheim kein deutsch** - die landesübliche Sprache ist also nicht die Muttersprache.

Die Auswirkungen auf den Unterricht - oder das, was eigentlich einer sein sollte - kann man sich ausmalen. Gesamt sind es **in Wien bereits 55 Prozent der Volksschüler, für die deutsch nicht die Alltagssprache ist**, wie Zahlen der Statistik Austria zeigen. Besonders hoch ist der Anteil der Volksschüler dabei in 5. Margareten (84 Prozent),

20. Brigittenau (82 Prozent) und 10. Favoriten (75 Prozent).

Gleiches Bild in Mittelschulen

Aber nicht nur in den Volksschulen, auch in den Mittelschulen **zeigt die anhaltende Masseneinwanderung ihre Wirkung**. Hier sind die autochthonen Österreicher teilweise noch deutlicher in der Minderheit. So haben etwa im 5. Wiener Bezirk Margareten 96 Prozent aller Schüler nicht Deutsch als Umgangssprache, bei den Mittelschulen in Ottakring sind es ebenfalls 93 Prozent und in Wien-Hernals 92 Prozent.

In Hietzing, Liesing und Währing sind hingegen es „nur“ 57 Prozent der Schüler, die zu Hause und im Freundeskreis kein Deutsch sprechen. In ganz Wien sind es im Schnitt 77 Prozent der Schüler. Das heißt: Im Schnitt kommt selbst dort in den Schulklassen weniger als eine

Handvoll Kinder aus einheimischen Familien, während es in den vorher genannten Bezirken oftmals nur ein einziges Kind ist.

Außerordentliche Schüler

Dazu kommen in Wien noch 10.000 außerordentliche Schüler in den Volksschulen. In der ersten Klasse machen sie rund ein Viertel aller Kinder aus. Bei ihnen reichen die Deutschkenntnisse nicht aus, um dem Unterricht folgen zu können. Daher braucht es eine Deutschförderklasse oder einen Förderkurs. Und besonders erschreckend und ein **Zeichen von nicht stattgefundenen Integration**: Von diesen Kindern sind 60 Prozent in Österreich geboren und 80 Prozent bereits mindestens zwei Jahre in einen Kindergarten gegangen.

Vollständiger Artikel siehe:
<https://rb.gy/j3dge9>

Zur mitgeschickten Vortrags-DVD mit Dr. Reuther

Dieser DVD können Sie den gesamten Vortrag von **Univ.dozent Dr.med. Gerd Reuther** aus Deutschland entnehmen, den dieser bei einer unserer kürzlichen Veranstaltungen in Oberösterreich zum Thema „**Rette sich, wer kann. Die wirklichen Gefahren einer Pandemie**“ gehalten hat, sowie auch die sehr konstruktive Publikumsdiskussion dazu.

Der Radiologe, frühere Chefarzt und auch Medizinhistoriker erläutert in dem Vortrag und den Diskussionsantworten sowohl die immense Gefahr durch den geplanten **WHO-Pandemievertrag** näher als auch fragwürdige Medizinpraktiken inkl. der Impfproblematik insgesamt. Er zeigt darin auf, wie weit sich das heutige Medizinbusiness von der Förderung der natürlichen Gesundheit und der uns von der Schöpfung geschenkten **Selbstheilungskräfte** entfernt hat, auf die wir Menschen viel mehr vertrauen können als

wir aufgrund gezielter Propaganda glauben.

Dieser sehr gut besucht gewesene Vortrag stellt eine praktische Lebenshilfe dar, die wir hiermit durch die zeitintensive Produktion und den sehr aufwendigen Postversand durch unsere Mitarbeiter auch den WEGWARTE-Empfängern zugute kommen lassen, die aus räumlichen und zeitlichen Gründen nicht zum Vortrag direkt kommen konnten. Im Gegensatz zu Videos aus den „sozialen Medien“, die millionenfach verschwinden, kann eine DVD nicht gelöscht werden und auch gut an Freunde/Kollegen etc. weitergegeben werden.

Da Sie diese DVD-Zusendung nicht bestellt haben, besteht keine Zahlungsverpflichtung (wie bei der WEGWARTE-Zusendung ja auch nicht). Wir bitten Sie aber um einen **freiwilligen Kostenbeitrag** für die DVD von 10,80 € inkl. Porto und danken im voraus.

**ihu@a1.net - www.heimat-und-umwelt.at
www.facebook.at/inge.rauscher.5283**

Riesige Windkraft-Projekte sollen aus den Wäldern des Waldviertels eine Industriezone machen! Bürger protestieren.

Angeblich sollen Windräder eine ökologische Form der Stromerzeugung sein. Das ist aber die große Frage! Denn: Es handelt sich bei den heutigen Projekten um großtechnische Industrieanlagen in gigantischen Dimensionen.

Zu jedem einzelnen Windrad muß eine **eigene, breite Zufahrtsstraße** gebaut werden für den Antransport und die Wartung der riesigen Rotorblätter und der Betonelemente für die hunderte Meter (!) hohe Säule, an der die Rotorblätter befestigt werden. Für die enorme Höhe der dzt. allein in Niederösterreich geplanten 250 (!) Anlagen müssen metertiefe und entspr. breite Betonsockeln zum Tragen des enormen Gewichtes errichtet werden. Vögel, Insekten und Fledermäuse werden von den Rotorblättern zerfetzt. Schlagschatten durch die Rotationen und Schallwirkungen inkl. Infraschall schaden allem Leben im Umkreis. Das Landschaftsbild insbesondere in Erholungsgebieten, die wir Menschen brauchen, wird zerstört und das soll man nicht unterschätzen.

Und am schlimmsten: **noch völlig ungeklärt ist die Entsorgung** oder ein Recyceln in irgendeiner Form der riesigen Rotorblätter, die nach 20 bis höchstens 30 Jahren Betrieb notwendig ist. Und dieser Zeitpunkt wird bei vielen Windrädern demnächst eintreten. Es gibt dafür bisher so gut wie keinerlei konkrete Lösungsvorschläge der Windradkonzerne. Nähere Informationen dazu in einem aufschlußreichen Interview von Nicolas Schott mit dem Energiefachmann **Dipl.Ing. Dr. Martin Steiner**, siehe <https://regionaltv.at/>

Dazu kommt, daß die Windenergie durch ihre klarerweise unregelmäßige Produktion zu Instabilitäten im Stromnetz führt, die sowohl bei zu viel als auch bei zu wenig Erzeugungskapazität die „Blackout“-Gefahr (großflächige längere Stromausfälle) erhöhen.

In NÖ sollen **250** neue Windkraftanlagen errichtet werden. Im **Waldviertel** wehren sich jedenfalls die Bürger gegen fünf riesige „Windpark“-Projekte im Bezirk **Waidhofen an der Thaya**. Nachstehend einige Zitate aus ei-

ner **Presseaussendung** der „IG Waldviertel“ vom 6. Oktober 2023:

Von der **IG Waldviertel** wurde in Kooperation mit der Umweltorganisation „**Pro Thayatal**“ eine umfassende Informationskampagne gestartet.

Eine gemeinsam mit der „**Plattform Lebenswertes Waldviertel**“ und der Bürgerinitiative „**Der GEGENWIND**“ durchgeführte Umfrage ergab eine klare Ablehnung der Ausbaupläne: Insgesamt wurden über **46.000 NEIN-Stimmen** gegen die im Bezirk Waidhofen/Thaya geplanten fünf Projekte mit insgesamt **48** Windkraft-Industrieanlagen (Höhe bis zu 285 Meter) abgegeben, die am 11.10.2023 an Landeshauptfrau Mikl-Leitner übergeben wurden.

Nach einer Begutachtung der bei der zuständigen Landesabteilung RU7 eingebrachten Projekte durch verschiedene „Stakeholder“ sollen voraussichtlich ab Februar 2024 die zukünftigen Ausbauzonen festgelegt werden. In den anschließenden Verfahren sollen diese so rasch wie möglich umgesetzt werden.

Trotz der breiten Ablehnung der Bevölkerung kann eine Meinungsänderung bei den politisch Verantwortlichen bis jetzt nicht erkannt werden.

Man kann darüber spekulieren, ob dies damit zusammenhängt, daß Bürgermeister und Gemeinderäte oft selbst „betroffene“ Grundbesitzer und damit finanzielle Nutznießer sind.

Moralisch ergibt sich jedenfalls eine schiefe Optik, wenn man als befangene Gemeindevertreter bei Anträgen mitstimmt, bei denen man selbst oder sein direktes Umfeld profitiert.

Ob der Bezirk vom „Waldviertel – echt, pur und unverfälscht“ zur Windkraftindustriezone verkommt, hängt nun von den Entscheidungen der Gemeinden und der NÖ Landesregierung ab.

Rückfragen & Kontakt:

Michael Moser, IG Waldviertel
Tel 0664-1122122
office@igwaldviertel.at
<https://www.igwaldviertel.at/>

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verläßlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Einladung zum Vortragsabend

Mag.a Monika Donner zum Thema

„Krieg in Israel - Terror in Europa“

am **Donnerstag, 14. Dezember 2023**

in **3033 ALTLENGBACH** im Wienerwald

im **Hotel „STEINBERGER“**, Hauptstraße 52

Saaleinlaß ab 18 Uhr - **Vortragsbeginn 19 Uhr**

Vortragsdauer ca. zwei Stunden - Teilnahmegebühr: 35,- €

Ticket-Anmeldung unter www.menschheitsfamilie.at

Für Spätentschlossene Rest-Tickets an der Abendkasse.

Das Restaurant im Hotel steht ab 17 Uhr bis Vortragsbeginn zur Verfügung.

Bei Übernachtungsbedarf im Hotel bitte rechtzeitig buchen: Tel. 02774/2289

Veranstalter: unabhängige INITIATIVE HEIMAT & UMWELT

Tel. 0664/4893797

www.1984.at

ihu@a1.net

Monika DONNER ist diplomierte Lebensberaterin, Juristin und strategische Analytikerin. Die vormalige Offizierin im österreichischen Bundesheer und Ministerialrätin im Verteidigungsministerium kämpft schon seit 2008 für die Freiheit in all ihren Facetten.

Von ihr verfaßte, äußerst fundierte und belegte **Publikationen** (Auswahl):

„Prognose über Massenmigration und Ukraine-Krieg mit Lösungen“ (2015).

„Krieg, Terror, Weltherrschaft“:

Band 1 „Warum Deutschland sterben soll“ (2019)

Band 2 „Warum Deutschland leben muß“ (voraussichtlich Mitte 2024).

Mega-Bestseller „Corona-Diktatur“ (2021).



Nähere Informationen zur Vortragenden siehe <https://www.monika-donner.at>